Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 30. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 49. Sonnabend, 27. Februar 1932, abends. 85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtkäpige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Mißtrauensanträge abgelehnt.

25 Stimmen Mehrheit für Brüning. — Termin der Reichspräsidentenwahl am 13. März und 10. April. Nach dem Auszug der Nationalsozialisten: Aufhebung des Groener-Erlasses und Sperrung der Polizeikostenzuschüsse für Braunschweig beschlossen.

ndz. **Berlin.** Der große Entscheidungskampf, den die Regierung fast eine Woche lang im Reichstag zu führen hatte, fand in der Schluß-Sitzung am Freitag wiederum mit einem **Sieg des Kabinetts Brüning über die Opposition** sein Ende.

Bei der Abstimmung über den formalen Verhandlungsgegenstand der viertägigen Debatte zeigte sich sogar das seltene Bild eines einstimmigen Reichstagsbeschlusses. **Alle Abgeordneten stimmten dem Vorschlag der Regierung zu, für die Reichspräsidentenwahl den Termin des ersten Wahlganges auf den 13. März, des evtl. notwendig werdenden zweiten Wahlganges auf den 10. April zu legen.**

Die **politische Entscheidung** fiel bei der **namentlichen Abstimmung** über die von den Nationalsozialisten, Kommunisten, Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei eingebrachten

Mißtrauensanträge gegen das Gesamtkabinett.

Bei dieser Abstimmung blieb die Opposition mit 264 Stimmen in der Minderheit gegen 289 für die Regierung abgegebene Stimmen, 79 Oppositionsstimmen stammen aus dem Lager der Kommunisten und der sozialistischen Arbeiterpartei. Die Rechtsopposition, die im Zusammenhang mit der Reichspräsidentenwahl das jetzt regierende Kabinett ablösen will, ist also im Reichstag um 104 Stimmen schwächer als die Gefolgschaft des Kabinetts Brüning.

Für die parlamentarische Kräfteverteilung bei der Reichspräsidentenwahl bietet die Abstimmung über den Mißtrauensantrag nicht den richtigen Maßstab, denn gegen das Kabinett Brüning stimmten auch das Landvolk und die Deutsche Volkspartei, die bei der Reichspräsidentenwahl die Parole für Hindenburg ausgegeben haben. Die Deutsche Volkspartei hatte nicht nur Fraktionszwang, sondern auch Anwesenheitszwang für ihre Mitglieder verfügt, so daß es wahrscheinlich zum Ausscheiden der Abgeordneten Dr. Curtius und v. Kardorff kommen wird, die trotz des Fraktionsbeschlusses an der Abstimmung gegen Brüning nicht teilgenommen haben.

Nach dem Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinett wurde **der Mißtrauensantrag gegen den Minister Dr. Groener mit 305 gegen 250 Stimmen bei einer Stimmenthaltung und der gegen den Reichsfinanzminister Dietrich mit 291 gegen 250 Stimmen bei elf Stimmenthaltungen abgelehnt.**

Die von der Rechtsopposition gegen den Reichstagspräsident Löbe eingebrachten Mißtrauensanträge wurden durch namentliche Abstimmung für unzulässig erklärt. Mit 299 gegen 228 Stimmen wurde schließlich der Antrag auf Reichstagsauflösung abgelehnt.

Vor den Abstimmungen gab es noch eine **mehrstündige Debatte**, die gewissermaßen eine **Nachlese in dem heftigen Streit der Parteien brachte.**

Der **Reichsfinanzminister Dietrich** trat bei dieser Gelegenheit **Angriffen von nationalsozialistischer Seite scharf entgegen.**

Zwischen den **feindlichen Gruppen** innerhalb der Opposition spielte der **Streit um die Reihenfolge der Abstimmungen** eine große Rolle. Die Kommunisten warfen den Nationalsozialisten vor, daß sie wegen der von ihrer Führung mit der Auslandspresse angeknüpften guten Verbindungen große Angst vor dem kommunistischen Antrag hätten, der die sofortige Einstellung aller amtlichen und privaten Tributzahlungen an das Ausland verlangt. Die Nationalsozialisten würden deswegen vor der Abstimmung über diese Frage den Reichstag verlassen wollen. Um das zu vereiteln, setzten die Kommunisten mit Unterstützung der Sozialdemokraten es durch, daß ihr Tributantrag vor dem Antrag über die Reichstagsauflösung, also noch in Anwesenheit der Rechtsopposition zur Abstimmung kam.

Der **kommunistische Antrag** verlangt in seinem ersten Teil die sofortige **Einstellung aller Tributzahlungen** auf Grund des Versailler Vertrages, in seinem zweiten Teil die **Annullierung aller privaten Schuldverpflichtungen** an das kapitalistische Ausland.

Die **Nationalsozialisten** erklärten, sie würden zwar den ersten Teil des Antrages, nicht aber dem zweiten zustimmen können und da eine getrennte Abstimmung abgelehnt war, könnten sie den Antrag nicht annehmen. Dieser Erklärung schlossen sich die **Deutschnationalen** und das **Landvolk** an.

So wurde der kommunistische Antrag mit 368 Stimmen gegen 75 Stimmen der Kommunisten bei Stimmenthaltung der 108 Nationalsozialisten abgelehnt. Das war der Agitationserfolg, den die Kommunisten mit ihrer Taktik erreichen wollten. Sie riefen höhnisch im Sprech-Chor den Nationalsozialisten zu: „Ihr Tributknechte des Auslands!" „Ihr Anwärter auf die Ehrenlegion!" „Ihr treuen Diener des Weltkapitalismus!" Bei diesen Auseinandersetzungen ging es natürlich **wieder recht geräuschvoll zu.** Wenn ein Kommunist sprach erstickten die Nationalsozialisten seine Stimme durch sirenenartiges Geheul und Gebrumm. Die Kommunisten revanchierten sich mit dem Gesang der Internationale.

Der Vizepräsident Esser ließ gleichmütig die Menge toben und meinte, jetzt kurz vor Toresschluß seien Zwangsmaßnahmen nicht mehr nötig. Viel bemerkt wurde übrigens, daß in der heutigen Sitzung zum ersten Mal wieder, wenn auch nur kurze Zeit, der deutschnationale Vizepräsident Gräf-Thüringen amtierte, der sich seit dem ersten Auszug der Rechtsopposition aus dem Reichstag im März vorigen Jahres von den Präsidialgeschäften ferngehalten hatte.

Gegen den Protest der Opposition wurden die Anträge auf Aufhebung der Notverordnung dem Haushaltsausschuß überwiesen, wodurch sie zunächst praktisch unwirksam gemacht sind.

Als dann noch ein **nationalsozialistischer Antrag gegen die Versammlungs- und Redebeschränkungen abgelehnt worden war, erklärte der Nationalsozialist Strasser, daß seine Freunde nunmehr den Reichstag verlassen würden. Die Nationalsozialisten marschierten dann unter tobendem Lärm aus dem Saale.** Die Zurückbleibenden riefen ihnen die Bezeichnung **„Partei der Deserteure"** und ähnliche Liebenswürdigkeiten nach. Die Kommunisten meinten, die „nationalsozialistischen Tributknechte" wollten sich nur der Abstimmung über den Austritt aus dem Völkerbund entziehen.

Tatsächlich wurde der **kommunistische Antrag auf Austritt aus dem Völkerbund auch gegen die Antragsteller abgelehnt.** Die **Deutschnationalen,** die sich diesmal dem Auszug der Nationalsozialisten nicht angeschlossen hatten, **erklärten, daß sie dem kommunistischen Antrag wegen seiner Motivierung nicht zustimmen könnten.**

Angenommen wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und des Landvolks ein **christlichsozialer Antrag, der die Sicherstellung eines ungestörten Reichspräsidentenwahlkampfes durch rücksichtsloses Vorgehen gegen Versammlungsstörer verlangt.**

Der Auszug der Nationalsozialisten hatte die Mehrheitsverhältnisse so verschoben, daß ein **kommunistischer Antrag auf Einstellung der Polizeikostenzuschüsse an das Land Braunschweig** mit 282 gegen 162 Stimmen bei 43 Enthaltungen **angenommen** wurde.

Ueber 100 Anträge der verschiedenen Parteien über soziale Maßnahmen, Zölle, Steuer-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Landwirtschaftsfragen usw. werden den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

Eine weitere namentliche Abstimmung wird vorgenommen über den **kommunistischen Antrag, den Erlaß des Wehrministers über Einstellungen in die Reichswehr unverzüglich aufzuheben.**

Hierbei wollte ein Teil der sozialdemokratischen Fraktion zunächst gegen den Antrag stimmen, bis der Fraktionsführer Dr. Breitscheid sich deutlich für den Antrag entschied. Darauf wurden unter lebhaften Rufen der Kommunisten: „Schiebung!" die roten Nein-Karten wieder aus den Urnen entfernt und durch weiße ersetzt. Die Abstimmung wurde schließlich auf Grund von weiteren Beanstandungen wiederholt und ergab die **Annahme des Antrages mit 226 gegen 173 Stimmen bei 38 Enthaltungen.**

Eine Reihe von nationalsozialistischen Anträgen wird auf Antrag des Abg. Dittmann (Soz.) durch Uebergang zur Tagesordnung für erledigt erklärt.

Im Hammelsprung angenommen wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ein **kommunistischer Antrag,** der die Reichsregierung auffordert, die **letzthin verordnete Erhöhung des Butterzolls sofort rückgängig zu machen.**

Ein Antrag des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei auf wirksame und ausreichende Durchführung der vorgesehenen Reichswerthilfe wird angenommen, ebenso ein christlich-sozialer Antrag, Prozesse gegen volkswirtschaftliche Schädlinge und Verbrecher sehr viel schneller als bisher durchzuführen.

Bei Beratung des **kommunistischen Antrages,** der sich mit der **Entlohnung der verschüttet gewesenen Bergleute in Oberschlesien** beschäftigt erklärt Abg. Dr. **Kleiner** (Dnat.), es könne zunächst nicht festgestellt werden, ob die kommunistische Darstellung zutreffe, daß den sieben Bergleuten die Lohnzahlung für die Zeit, zu der sie verschüttet waren, verweigert worden sei. Träfe das zu, so wäre allerdings kein Wort scharf genug, um das Verhalten der Verwaltung zu geißeln. Nachdem erst kürzlich der Betriebsrat der Grubenverwaltung seinen Dank ausgesprochen habe, müsse zumindesten gerechterweise der Verwaltung die Möglichkeit gegeben werden, zu der Anklage Stellung zu nehmen.

Reichsarbeitsminister Stegerwald betont, daß den Geretteten von der Grubenverwaltung die normalen Schichtlöhne für jeden Tag, an dem sie eingeschlossen waren, und außerdem 50 Mark für jeden gezahlt worden seien. Preußen habe jedem Geretteten 200 Mark gegeben, von Privatseite seien jeder Familie noch etwa 100 Mark und Lebensmittel zugeflossen. Auch Urlaub sei den Geretteten bewilligt worden. Es werde alles geschehen, um die Not zu lindern.

Der **Antrag** wird in seinem wesentlichen Teil **einstimmig angenommen.**

Präsident Löbe schlägt vor, ihm den Zeitpunkt der Einberufung der nächsten Sitzung zu überlassen, die er im Benehmen mit dem Aeltestenrat und der Regierung vornehmen werde.

Abg. **Torgler** (Komm.) setzt sich für einen früheren Zusammentritt des Reichstages ein und beantragt, mit Rücksicht auf die außerordentliche Zuspitzung in der Innen- und Außenpolitik, die nächste Sitzung am 1. März, oder, wenn dieser Antrag abgelehnt werde, am 15. März abzuhalten.

Der Antrag wird abgelehnt, und das Haus **beschließt** entsprechend dem Vorschlage des Präsidenten.

Schluß 10 Uhr.

*

Reichsfinanzminister Dietrich im Reichstag.

Berlin. In der Freitagssitzung des Reichstages wendet sich **Reichsfinanzminister Dietrich gegen einen Zuruf, in dem behauptet worden war, die Regierung habe sich von den Banken hereinlegen lassen.** Von einer Hereinlegung der Reichsregierung könne nur jemand sprechen, der sich mit dem Problem überhaupt nicht befaßt hat. Seit dem 13. Juli hat es sich nur noch darum gehandelt, durch Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Reichsbank die **völlige Rekonstruktion** des Bankwesens in die Wege zu **leiten.** Ohne eine Rekonstruktion des Bankwesens konnte auf die Dauer die deutsche Wirtschaft nicht betrieben werden. Das Reich ist nicht eingesprungen, weil die Banken einen Druck auf uns ausgeübt hätten, sondern weil wir genötigt waren, die Banken als notwendiges Instrument unserer Wirtschaft wieder in Ordnung zu bringen.

Der Minister gibt im übrigen die aus dem amtlichen Pressekommuniqué über die Bankenrekonstruktion bereits bekannten Zahlen über die finanziellen Leistungen des Reiches nochmals bekannt. Er betont, **wenn es nicht möglich gewesen sei, den Sturm auf die deutschen Großbanken zu bewältigen, so habe das daran gelegen, daß dieser Sturm nicht vom Inlande, sondern vom Auslande her gekommen sei.** (Zuruf von den Nationalsozialisten: Wenn Sie zurückgetreten wären, hätte dieser Sturm nicht eingesetzt! — Lachen in der Mitte und links.)

Gegenüber den Kritikern an der Finanzgebarung der Reichsregierung weist der Reichsfinanzminister darauf hin, **daß 9 Milliarden Mark allein für Kriegsbeschädigtenversorgung, Hinterbliebenenfürsorge, Wohlfahrtsausgaben, Arbeitslosenfürsorge** und **Schuldendienst erforderlich** seien. An diesem Hauptposten lasse sich wenig ändern. (Lebhafter Widerspruch rechts. — Große Unruhe im Hause.) 1,8 Milliarden Mark seien für Besoldungen, Pensionen, Wehrmacht und ähnliche Dinge erforderlich. Auch hieran sei nicht mehr viel zu ersparen. **Die eigentlichen Ausgaben seien auf den Vorkriegsstand zurückgeschraubt worden.** Wenn nicht die ungeheuren Ausgaben für die Arbeitslosigkeit aufzubringen wären, würde die Reichsregierung den Haushalt sehr bald in Ordnung gebracht haben. Wir haben niemals gesagt, daß wir die Umsatzsteuer nicht im Notfall doch noch erhöhen würden, sondern wir haben uns diese Reserve stets noch vorbehalten. Wo wären wir hingekommen, wenn wir in den vergangenen Wochen nach außen hin soviel Pessimismus gemacht hätten, wie Sie (nach rechts) jetzt! Wir sind selbst bei unseren Schätzungen pessimistisch und vorsichtig genug gewesen, so wie es angebracht war. Wir haben z. B. die Zahl der Arbeitslosen für diesen Winter um mindestens 1½ Millionen höher geschätzt, als sie heute am Ausgang des Winters tatsächlich beträgt. (Lachen rechts.) Ich habe schon in meiner Stuttgarter Rede erklärt, daß die **Reichsregierung den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit Energie führt, aber dieser Kampf kostet eben Geld.** Wir sind aber ständig dabei, diesen Kampf fortzuführen.

Der Minister beschäftigt sich weiter mit **gewissen Angriffen des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht** und erklärt, die Summe der Reichsschatzwechsel belaufe sich heute auf den gleichen Betrag wie 1918, nämlich auf 400 Millionen Mark. Dieser Betrag könne nicht den Grund zu irgendwelcher Beanstandung geben.

Der Minister ruft den Nationalsozialisten am Schluß zu: Sie haben mir ja sogar im Haushaltsausschuß den Rat gegeben, eine Milliarde mehr auszugeben! — (Zuruf des Abg. Reinhardt (Nat.-Soz.): Das ist nicht wahr! — Händeklatschen bei der Mehrheit.)